

## **Ergebnisse und Aussichten der Wirtschaftspolitik nach einem Jahr Regierung Kohl/Genscher**

---

Alois Pfeiffer, geb. 1924 in Bauerbach (Kreis Marburg/Lahn), ist seit 1975 Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes des DGB und zuständig für Wirtschaftspolitik.

### Zur ersten Jahresbilanz 1983

In ihrem eigenen „Jahreswirtschaftsbericht 1984“ attestiert sich die Bundesregierung selbst die folgende Jahresbilanz 1983: „Im ersten Jahr ihrer Amtsführung packte die Bundesregierung die wirtschafts-, finanz- und sozialpolitischen Aufgaben zielstrebig an: ...

- Die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte ... kam 1983 ein beachtliches Stück voran ... Der Nettokreditbedarf des Bundes fiel... sogar um 9,5 Milliarden DM geringer aus als im Haushalt veranschlagt worden war.
- Im Jahresverlauf 1983 kam es erstmals seit 1980 wieder zu einem deutlichen realen Anstieg des Bruttosozialprodukts ...
- Auf dem Arbeitsmarkt konnte die lang anhaltende Verschlechterungstendenz gestoppt werden.“<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Jahreswirtschaftsbericht 1984 der Bundesregierung, S. 5, 7, 8.

Ohne regierungsamtlichen Optimismus kann man die Bilanz 1983 in nüchternen Worten auch so fassen:

- Im ersten christlich/liberalen Regierungsjahr stieg die Zahl der Arbeitslosen um 425000 Menschen. Die dadurch entstandenen Mehrbelastungen in Höhe von fast 11 Milliarden DM wurden in erster Linie auf Arbeitnehmer und Sozialleistungsempfänger abgewälzt.
- Im Januar 1984 verzeichneten wir mit 2,54 Millionen Arbeitslosen einen absoluten Nachkriegsrekord.
- Das stolz vorgezeigte „Spar-Übersoll“ im Bundeshaushalt von 9 Milliarden DM ist beredtes Zeugnis einer finanzpolitischen Überkonsolidierung mit dem Ergebnis einer verzögerten und außerordentlich schwach einsetzenden konjunkturellen Erholung.

Wer das erste Regierungsjahr derart nüchtern bilanziert, riskiert den Vorwurf, er nehme die doch tatsächlich in Gang gekommene wirtschaftliche Erholung nur deshalb nicht zur Kenntnis, weil er der aus seiner Sicht „falschen“ Regierung keine Verdienste zubilligen wolle. Ein solcher Vorwurf würde jedoch aus folgenden Gründen an den Fakten vorbeigehen:

Die konjunkturelle Erholung ist nicht Ausdruck einer besonderen Qualität der Wirtschaftspolitik dieser Regierung. Nach allem, was wir aus den Konjunkturverläufen früherer Jahre und Jahrzehnte wissen, war diese konjunkturelle Belebung nach einer überdurchschnittlich langen Talfahrt von gut drei Jahren mehr als überfällig. Sie entwickelte sich aus dem für westliche Industriegesellschaften typischen zyklischen Auf und Ab der Konjunkturbewegungen. Hätten sich im Jahre 1983 nicht Sonderfaktoren in unerwartet kräftiger Weise ausgewirkt, so wäre es der von der Forschungsgemeinschaft deutscher Wirtschaftsforschungsinstitute als „beachtlich restriktiv“ bezeichneten Finanzpolitik des Bundes schließlich gelungen, diese konjunkturelle Belebung noch länger hinauszuzögern und weiter abzuschwächen. Verhindert wurde dies durch die von der sozial-liberalen Koalition in Gang gesetzte Investitionszulage und durch eine außergewöhnlich starke Mobilisierung von Sparguthaben in Höhe von über 10 Milliarden DM zum Zwecke zusätzlicher Konsumnachfrage.

So halten denn - auch bei allem zur Schau gestellten Optimismus - weder die Bundesregierung noch der Sachverständigenrat die Fortentwicklung der Konjunkturerholung über das Jahr 1984 hinaus keineswegs für absolut sicher und das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) rechnet für das 2. Halbjahr 1984 schon wieder mit einer Abflachung der realen Wachstumsrate auf 2 Prozent - nach 2,5 Prozent im 1. Halbjahr. Zur Begründung führt das DIW an: „Bedenklich stimmt aber nicht nur die Drosselung des gesamtwirtschaftlichen Expansionstempos in diesem Jahr. Berechnungen ... haben erge-

ben, daß die im Herbst 1983 beschlossenen Konsolidierungsmaßnahmen ... 1985 noch schwerer wiegen werden als in diesem Jahr, in dem das volle Gewicht wegen der Wirkungsverzögerungen noch nicht spürbar wird. Die Berechnungen zeigen, daß auf Grund dieser verzögerten Wirkungen auf die Gesamtwirtschaft zwar 1984 eine deutliche Verminderung des Defizits in den öffentlichen Haushalten erreicht wird, daß aber 1985 - über die negativen konjunkturellen Wirkungen der Maßnahmen - die Position der öffentlichen Haushalte nur noch geringfügig besser als ohne diese Maßnahmen sein wird. Das gesamtwirtschaftliche Wachstum wird nämlich über die Kreislaufzusammenhänge um etwa drei Viertel Prozentpunkte verlangsamt."<sup>2</sup>

### Die Aussichten für 1984 und darüber hinaus

Die Bundesregierung hat in ihrem „Jahreswirtschaftsbericht 1984“ für 1984 und darüber hinaus bis 1988 in der mittelfristigen Finanzplanung ihre wirtschaftspolitischen Zielgrößen entwickelt. Es sind ehrgeizige Ziele. Nach den Vorstellungen der Bundesregierung wird es

- im laufenden Jahr 1984 bei einem realen Wirtschaftswachstum von 2,5 Prozent und einer infolge einer geringfügigen Arbeitszeitverkürzung eher etwas niedrigeren Steigerung der Arbeitsproduktivität pro Beschäftigten zu einem leichten Rückgang der jahresdurchschnittlichen Arbeitslosenzahl von 2,25 Millionen auf etwa 2,2 Millionen, also um rund 50000 Personen, kommen;
- bis zum Jahre 1988 jahresdurchschnittliche Wachstumsraten von ebenfalls 2,5 Prozent bei einer gleichfalls etwas niedrigeren Produktivitätssteigerung je Beschäftigten infolge geringfügiger Arbeitszeitverkürzung geben.

Bei der Verwirklichung dieser Zielvorstellungen würde die Zahl der Arbeitslosen von der Wachstums- und Produktivitätsentwicklung her eher leicht rückläufig sein. Allerdings würde jedoch diese leicht rückläufige Tendenz auf der einen Seite durch eine eventuell zunehmende Rückkehr von Gastarbeitern und durch die Abdrängung weiterer Personen in die „stille Reserve“ noch verstärkt, während auf der anderen Seite die geburtenstarken Jahrgänge dieser Tendenz entgegenwirken würden. Per saldo könnte die Zahl der Arbeitslosen zwischen 2 und 2,5 Millionen pendeln. Auch eine vorübergehende Unterschreitung der 2-Millionen-Grenze wäre nicht völlig auszuschließen.

In bezug auf die vielzitierten „geburtenstarken Jahrgänge“, also den Anstieg der Erwerbspersonenzahl oder - in der Fachsprache: - des Erwerbs-

---

<sup>2</sup> DIW - Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung: Wochenbericht 1/2 - 84, Seite 23 f.

Potentials hat es allerdings seit 1982 eine verblüffende Entwicklung gegeben. Während das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesanstalt für Arbeit nämlich für 1984/85 noch eine Zahl von 28 Millionen Erwerbspersonen, die einen Arbeitsplatz suchen, erwartete,<sup>3</sup> hat das DIW eine Stagnation dieser Zahl bei knapp 27,5 Millionen Personen in der Zeit von 1982 bis einschließlich 1984 ermittelt und kommentiert dies so: „Wanderungssaldo der ausländischen Erwerbsbevölkerung und Veränderungen der stillen Reserve sind schwer prognostizierbar.“<sup>4</sup>

Sind die Zielvorstellungen realistisch?

Bei dem mittelfristigen Szenario handelt es sich zunächst einmal um eine Zielvorstellung - um nicht zu sagen: Wunschvorstellung - der Bundesregierung. Es stellt sich die Frage, wie realistisch das Ganze ist.

*Für* eine Realisierungschance sprechen

- das zeitliche Nacheinander der Konjunkturbelebungen in verschiedenen wichtigen Welthandelsländern. Dieser Aufschwung begann in den USA und etwas später in Japan. Die Bundesrepublik zog nach. Die übrigen wichtigen EG-Staaten liegen wiederum etwas später. Diese zeitliche Staffelung kann zu einem Nacheinander der konjunkturstützenden Wirkungen auf der Exportseite werden und damit den Aufschwung in der Bundesrepublik zeitlich strecken;
- die anhaltende D-Mark-Abwertung gegenüber dem Dollar mit der Folge einer steigenden internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Exporte vom Preis her;
- eine im Laufe der Zeit unter Umständen möglich werdende weitere Zinssenkung in der Bundesrepublik als Folge eines schwächeren Dollar einerseits und von Zinssenkungen auch in den USA andererseits und
- die wahrscheinlich vorhandene Absicht der deutschen Bundesbank, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um eine mittelfristig verstetigte Wachstumsentwicklung geldpolitisch abzusichern.

*Gegen* jahresdurchschnittliche Wachstumsraten von 2,5 Prozent über fünf Jahre hinweg sprechen die folgenden Fakten:

- Die Erfahrung der Vergangenheit lehrt, daß die Aufschwungsphasen in den letzten 20 Jahren zwischen 17 (die kürzeste) und 32 Monaten (die längste) im Durchschnitt 22 Monate dauerten. Die augenblickliche Belebungsphase setzte Ende 1982 ein und dauert nunmehr etwa 17 Monate. Selbst wenn man die

---

<sup>3</sup> Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg: Wachstum und Arbeitsmarkt - Angebot und Bedarf an Arbeitskräften bis 1990, Nürnberg 1982.

<sup>4</sup> DIW, a.a.O., Seite 23.

Dauer des bisher längsten Aufschwungs von 32 Monaten zugrundelegt, wäre ihr Ende etwa ab Mitte 1985 zu datieren.

- Es besteht die Möglichkeit, daß auch außerhalb der Stahl- und Werftindustrie Überkapazitäten entstanden sind, die auf die inzwischen entstandene Nachfragestruktur nicht mehr „passen“. Die Folge wäre, daß der Aufschwung in manchen Betrieben bereits an Kapazitätsgrenzen stoßen kann, während anderswo die Produktionsmöglichkeiten längst noch nicht voll ausgelastet werden.
- Bleibt der Dollar bei weiterhin hohen US-Zinsen stabil, so gibt es enge Grenzen für weitere Zinssenkungen bei uns, und der zunehmende Exportsog infolge der D-Mark-Abwertung könnte andere Länder zu Abschottungsmaßnahmen provozieren. Für einen weiterhin hohen Dollarkurs bzw. US-Zins spricht allein das Riesendefizit von 180 Milliarden Dollar im US-Haushalt 1984.
- Umgekehrt würde ein sinkender Dollarkurs bei sinkenden US-Zinsen über eine D-Mark-Aufwertung den Exportsog bremsen.
- Die Verschuldungskrise vieler Entwicklungsländer enthält Unsicherheitsfaktoren für die internationale Währungsentwicklung und bremst unseren Export in diese Länder, der bei 9 bis 10 Prozent unserer Gesamtexporte (ohne OPEC und Ostblockländer) liegt.
- Schließlich sind äußere Störfaktoren nie über einen längeren Zeitraum auszuschließen. Es sei an Ölpreissteigerungen und politische Krisensituationen erinnert.

Zusammenfassend kann man sagen, daß mindestens ebensoviele Möglichkeiten gegen wie für eine Verwirklichung des mittelfristigen Regierungsszenarios sprechen.

Die konjunkturelle Erholung signalisiert keine Trendwende - Fehlentwicklungen bleiben auch mittelfristig

Die aktuelle Diskussion über den einen oder anderen Prozentpunkt mehr oder weniger Wirtschaftswachstum für 1984 und ein oder zwei Jahre danach geht an den entscheidenden Entwicklungsproblemen vorbei. Nach aller Konjunkturerfahrung wird 1984 und gegebenenfalls 1985 ein Zeitraum, den man früher „Hochkonjunktur“ nannte. In der letzten Hochkonjunktur gab es noch Wachstumsraten von bis zu 5,5 Prozent (1976), und im Verlaufe des damaligen Aufschwungs hat sich die Zahl der Erwerbstätigen immerhin um insgesamt 750000 Menschen erhöht. Soviel zusätzliche Arbeitsplätze wurden damals geschaffen. Trotzdem konnte der Trend zur anhaltenden langfristigen Wachstumsabschwächung und Massenarbeitslosigkeit nicht gebrochen werden.

Am Beginn des letzten Konjunkturabschwungs im Jahre 1979 betrug der Arbeitslosensockel „nur“ 876000 Personen. Am Beginn des auch am Ende der laufenden Konjunkturwelle wieder zu erwartenden Abschwungs wird dieser Arbeitslosensockel aber mehr als doppelt so hoch liegen. Nicht Ablenken mit vorübergehenden konjunkturellen Pluszeichen, sondern hartes Bemühen um einen langfristigen Trendumbruch am Arbeitsmarkt ist gefordert, weil es sonst kein Ende der Massenarbeitslosigkeit geben wird.

### Wachstum und Wachstumspolitik allein reichen nicht aus

Aber auch eine tatsächliche Realisierung des mittelfristigen Regierungsszenarios mit 2,5 Prozent jahresdurchschnittlichem Wachstum bis 1988 würde die Massenarbeitslosigkeit nicht beseitigen. An dieser Stelle stellt sich die eigentliche Grundfrage, ob nämlich das Arbeitslosenproblem überhaupt durch Wachstum und Wachstumspolitik allein noch gelöst werden kann.

Das Bundeswirtschaftsministerium bejaht diese Frage, die der DGB wiederholt verneint hat. In einem Grundsatzpapier dieses Ministeriums heißt es zu dieser Frage wörtlich: „Eine wirkliche Lösung des Arbeitslosigkeitsproblems kann nur in der Schaffung neuer Arbeitsplätze im Zuge einer dynamischen wirtschaftlichen Entwicklung gesehen werden. Alle anderen Lösungen sind defensiv und laufen auf eine bloße Verteilung der vorhandenen Arbeit hinaus.“<sup>5</sup> Demgegenüber lautet die Grundposition des DGB: Ohne Beschleunigung des qualitativen Wachstums ist einerseits der Trend zur Massenarbeitslosigkeit nicht zu brechen, aber: andererseits sind Wachstum und Wachstumspolitik allein nicht ausreichend zur Überwindung der Arbeitslosigkeit.

Der DGB führt für diese These ein ganzes Bündel langfristiger Daten und Entwicklungsprozesse der Vergangenheit an. Die wichtigsten sind:

- Weltweit und langfristig haben sich die Wachstumsraten kontinuierlich abgeschwächt. Die zwangsläufige Folge war und ist u. a. ein nur noch schwach expandierendes Welthandelsvolumen. Vom Export her wird der Durchbruch zum Vollbeschäftigungswachstum nicht gelingen. Gleichwohl bleibt die Erhaltung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und die Festigung der Stellung in der Spitzengruppe der Welthandelsnationen eine wirtschaftspolitische Aufgabe von hohem Rang.
- Im Zuge der modernen technologischen Entwicklung in den Industriestaaten überwiegen die arbeitsplatzsparenden Effekte. So gab es in der Bundesrepublik von 1961 bis 1981 zwar eine reale Verdoppelung des Sozialprodukts bei jahresdurchschnittlichen Wachstumsraten von 3,5 Prozent und einer

---

<sup>5</sup> Bundesministerium für Wirtschaft: Grundsätze der Wirtschaftspolitik für die kommenden Jahre, Mitteilung an die deutschen Mitglieder des Wirtschafts- und Sozialausschusses in Brüssel, Seite 1.

Arbeitszeitverkürzung um insgesamt 20 Prozent. Aber gleichzeitig gab es nicht mehr, sondern um eine Million Beschäftigte weniger.

- Es sind keine Innovationsschübe in Sicht, die zusätzliche Beschäftigung in einem auch nur vergleichbaren Ausmaß schaffen würden wie sie mit dem Aufkommen des Automobils, der Lokomotive, des Flugzeuges usw. verbunden waren.
- Ein Prozent reales Wirtschaftswachstum bringt heute eine zusätzliche Gütermenge von über 9 Milliarden DM, im Jahre 1951 waren es nur 2 Milliarden DM. Das heißt: ein Prozent Wachstum heute entspricht einer Wachstumsrate von 4,5 Prozent Anfang der fünfziger Jahre. Anders gesagt: Die mit der in der Geschichte der Bundesrepublik höchsten Wachstumsrate von 12 Prozent des Jahres 1955 produzierte Gütermenge könnte in diesem Jahr 1984 schon mit einer preisbereinigten Wachstumsrate von 3,5 Prozent erreicht werden, und selbst damit würde die Massenarbeitslosigkeit ebenso wie von einer Verwirklichung des oben beschriebenen Regierungsszenarios nicht beseitigt.

#### Vielfältige wirtschaftspolitische Ansätze sind erforderlich

Der DGB zieht aus seiner Grundposition, die auf eine Fülle empirischer Offensichtlichkeiten gestützt ist, die Schlußfolgerung, daß nur eine Politikmischung („policy-mix“) Erfolge im Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit verspricht. Dazu gehören die Beschleunigung des qualitativen Wachstums und dessen Koordinierung mit Arbeitszeitverkürzungen, die soziale Beherrschung der technologischen Entwicklung und die Aussteuerung struktureller Übergänge.

Auch bei realistischer Einschätzung der durch Wirtschaftswachstum langfristig erzielbaren Mehrbeschäftigung steht fest, daß der Trend zur Massenarbeitslosigkeit ohne Beschleunigung des qualitativen Wachstums nicht gebrochen werden kann. Im Mittelpunkt einer Politik des qualitativen Wachstums stehen folgende Wachstumsfelder mit hohem Bedarf und teilweise Nachholbedarf:

- Energieeinsparung und rationelle Energieverwendung, Umweltschutz, Wohnungs- und Städtebau, Verkehr, Bildung und berufliche Bildung, aber auch
- die Entwicklung zukunftssträchtiger Industriezweige mit hohen Qualifikationsanforderungen und hochentwickelten Technologien mit dem Ziel, Ersatz für strukturell veraltete Bereiche zu schaffen;
- die Verringerung des Einkommensgefälles zwischen Nord und Süd durch planmäßige Ausweitung der Entwicklungshilfe, Ausweitung der Exportchancen und Stabilisierung der Exporterlöse, damit die Entwicklungsländer

zu gleichberechtigten Handelspartnern mit aufnahmebereiten und wachsenden Binnenmärkten werden.

Wichtigster Motor zur Beschleunigung des qualitativen Wachstums ist und bleibt eine beschäftigungssichernde Finanzpolitik. Die Gewerkschaften fordern als Ausgleich für den Rückgang der Investitionen von Bund, Ländern und Gemeinden in den vergangenen Jahren und darüber hinaus zur erforderlichen Ausdehnung der gesamten staatlichen Investitionstätigkeit ein Zukunftsinvestitionsprogramm mit einem Volumen von insgesamt 100 Milliarden DM, verteilt auf fünf Jahre, was einen Jahresbetrag von 20 Milliarden DM bedeutet.

In der Geschichte der Bundesrepublik wurde bisher erst einmal ein Zukunftsinvestitionsprogramm im Sinne des DGB mit einem Volumen von 20 Milliarden DM aufgelegt und über einen mehrjährigen Zeitraum von 1977 an verteilt. Dieses Programm war wesentlich an der damaligen Zunahme der Beschäftigung um 750 000 Personen beteiligt.

Die Finanzierung eines solchen Programms wirkt bei vorurteilsfreier Betrachtung keine unlösbaren Probleme auf. Nimmt man die Rechnungen deutscher Wirtschaftsforschungsinstitute (u. a. DIW, RWI) und der diesbezüglich immer sehr kritischen Bundesbank zusammen, so finanziert sich ein Zukunftsinvestitionsprogramm durch höhere Steuer- und Beitragseinnahmen sowie weniger Arbeitslosenunterstützung zu 75 Prozent selbst. Legt man aus Gründen besonderer Vorsicht noch kritischere Maßstäbe als die genannten Institute an und geht von einer „nur“ 65-prozentigen Selbstfinanzierung aus, so ergibt sich folgende Rechnung:

- Gesamtprogramm = 100 Milliarden DM. Ein Jahresabschnitt: 20 Milliarden DM, davon 65 Prozent Selbstfinanzierung, macht: 13 Milliarden DM Selbstfinanzierung und ein Restfinanzierungserfordernis von 7 Milliarden DM!

Der DGB hat genügend Quellen zur Finanzierung dieser 7 Milliarden DM vorgeschlagen. Allein die Erhebung einer Ergänzungsabgabe für hohe Einkommen (3 Milliarden DM), energischere Beitreibung von Steuerrückständen (1 Milliarde DM), Abschöpfung der „windfall-profits“ aus der kostengünstigen Ölförderung in der Bundesrepublik bis zu 40 Prozent (0,5 bis 1 Milliarde DM) und die wiederholt vorgeschlagenen Subventionskürzungen in Höhe von insgesamt 2 Milliarden DM bei Personalkostenzuschüssen im Forschungs- und Entwicklungsbereich, die Abschaffung der Durchschnittssatzbesteuerung für Landwirte und der Abbau von Subventionen zur Förderung des Ölverbrauchs reichen zur Finanzierung der DGB-Forderung aus.



### „Produktivitäts-Wachstums-Schere“ durch Arbeitszeitverkürzung schließen

Der arbeitsplatzsparende Effekt moderner Technologien kann an drei Beispielen, die aus einer Fülle weiterer Fälle herausgegriffen wurden, veranschaulicht werden:

In dem Jahrzehnt von 1970 bis 1980 ging bei der Büromaschinen- und EDV-Anlagenherstellung, einem Bereich mit ausgesprochen starkem Produktivitätswachstum, bei Verdoppelung der Produktion und gleichzeitiger Verzeihalbfachung der Produktivität die Beschäftigungszahl um 10 000 Personen oder 12,5 Prozent zurück. Im gleichen Zeitraum verringerte sich in der Textilindustrie, einem Bereich mit großer Tradition, bei stagnierender Produktion und einem gleichzeitigen Produktivitätsanstieg um 86 Prozent die Zahl der Beschäftigten um mehr als 190000 Personen oder 38 Prozent. Nach jüngsten Verlautbarungen aus der Automobilindustrie muß damit gerechnet werden, daß in einem Zeitraum von wenigen Jahren dort 20 Prozent der vorhandenen Arbeitsplätze als Folge neuer Produktionstechniken eingespart werden.

Die Arbeitszeitverkürzung begleitet die gesamte industrielle Entwicklung. Neue Produktionstechniken, die es erlauben, in kürzerer Zeit mit weniger Menschen mehr zu produzieren, haben es immer wieder notwendig und - zumeist allerdings nach scharfen Auseinandersetzungen - möglich gemacht, die Arbeitszeit zu verkürzen. Auch der arbeitsplatzsparende Effekt der modernen technologischen Entwicklung macht es erforderlich, Freizeit und Arbeitszeit neu zu verteilen, damit die Arbeitslosen wieder arbeiten können und die Beschäftigten weniger arbeiten müssen.

Dabei ist die Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden keine Alternative zur Verkürzung der Lebensarbeitszeit und umgekehrt. Beide Ansatzpunkte sind notwendig. Die Gewerkschaften fordern Arbeitszeitverkürzungen mit vollem Lohnausgleich. „Voller Lohnausgleich“ bedeutet beispielsweise bei einer Verkürzung der Wochenarbeitszeit „gleicher Wochen- bzw. Monatslohn bei weniger Arbeitszeit.“ Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich heißt allerdings nicht, daß die Wochen- bzw. Monatsloohnerhöhungen mit Arbeitszeitverkürzung gleich hoch ausfallen können wie ohne Arbeitszeitverkürzung.

Über den Kostenaspekt der Arbeitszeitverkürzung muß selbstverständlich zwischen den Tarifparteien ebenso verhandelt werden, wie das auf dem Weg zur 40-Stunden-Woche getan wurde.

Die Koordinierung einer Politik zur Beschleunigung des qualitativen Wachstums mit Arbeitszeitverkürzungen könnte die Beschäftigung spürbar

steigern. Dazu stellt das DIW fest: „Vermutlich werden die Beschäftigungseffekte, die von einer Arbeitszeitverkürzung induziert werden, in einer dynamischen Wirtschaft größer ausfallen als in einer stagnierenden. Reichen die vom privaten Sektor ausgehenden Wachstumskräfte nicht aus, ist der Staat auch heute aufgerufen, Impulse zu geben.“<sup>6</sup> Der DGB stimmt mit dieser Feststellung voll überein. Hier besteht die Möglichkeit zu einem abgestimmten Verhalten zwischen Staat und Tarifvertragsparteien. Eine solche Abstimmung könnte in der Koordinierung einer staatlichen Politik zur Beschleunigung des qualitativen Wachstums mit tarifvertraglichen Maßnahmen zur Arbeitszeitverkürzung bestehen. Leider gibt es dazu keine Voraussetzungen: Die Bundesregierung verweigert eine Politik zur Beschleunigung des qualitativen Wachstums und die Arbeitgeberverbände erklären Arbeitszeitverkürzungen für tabu.

Der DGB hat scharfe Kritik daran geübt, daß die Bundesregierung in ihrem Jahreswirtschaftsbericht erneut die Bedeutung der Arbeitszeitverkürzung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit unterschätzt, lediglich der Teilzeitarbeit sowie einer unzureichenden Vor-Ruhestandsregelung flankierenden Charakter zuweist und die 35-Stunden-Woche mit Lohnausgleich ablehnt.

### Soziale Beherrschung der Produktivitätsentwicklung

Die soziale Beherrschung der Produktivitätsentwicklung umfaßt sowohl die Einflußnahme der Gewerkschaften auf die staatliche Forschungs- und Technologiepolitik als auch alle Maßnahmen, die die Beschäftigungswirkungen von Arbeitszeitverkürzungen durch Intensivierung der Arbeit gefährden. Der Schutz der Arbeitnehmer vor steigender Intensität der Leistungsabforderung muß tarifvertraglich verwirklicht werden, z.B.

- durch neue Entlohnungsgrundsätze, die überall dort, wo indirekte und direkte Vorgaben der Arbeitsleistungen und Arbeitsergebnisse gemacht werden, auch eine ergebnisbezogene Entlohnungsform mit den entsprechenden Mitbestimmungsmöglichkeiten vorsehen;
- durch die Verwirklichung des Mitbestimmungsrechtes in allen Fragen der Arbeitsorganisation;
- durch Besetzungsregelungen und Soll-Stellen-Pläne;
- durch Leistungsbegrenzungen nach den Kriterien der physischen und sozialen Zumutbarkeit.

---

<sup>6</sup> Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft im Herbst 1983, Beurteilung der Wirtschaftslage durch die Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute, Essen 1983.

## Brennpunkte struktureller Wandlungen

Es ist nicht akzeptabel, wenn in Regionen mit zweistelliger Arbeitslosenquote auf einen Schlag als Folge struktureller Umbrüche Tausende weitere Arbeitsplätze wegfallen sollen. Beispiele dafür sind Kohle, Stahl und Schiffbau. Gerade an diesen Brennpunkten der Krise muß ernst gemacht werden mit der konkreten Anwendung der von den Gewerkschaften als richtig erkannten Lösungsansätze zur Erleichterung der notwendigen Anpassungsprozesse. Dazu gehören:

- eine großzügige Umgestaltung des Instruments der Kurzarbeit, die einerseits drastisch sein kann, andererseits finanziell aber möglichst erträglich gemacht werden muß;
- die Umstellung der Produktion auf alternative Produkte, wie z. B. Technologien zur Ausbeutung von Meeresbodenschätzen;
- Anpassungsschichten und staatliche Subventionen zur zeitlichen Streckung der Anpassungsprozesse;
- Abschirmung gegen unlautere Wettbewerber.

Erst nach langer Untätigkeit und unter massivem Druck von Gewerkschaften und einigen Bundesländern hat sich die Bundesregierung bereit erklärt, zwei Drittel eines Stahlprogramms im Umfang von 3 Milliarden DM für 1984/85 mitzutragen. Offenbar hat in erster Linie der bevorstehende Wahlkampf im größten Bundesland Nordrhein-Westfalen diesbezüglich in Bonn einige Einschränkungen an der Maxime „rein marktwirtschaftlicher Lösungen“ bewirkt.

## Zusammenfassung

Die Ergebnisse und Aussichten nach einem Jahr christlich-liberaler Regierungspolitik lassen sich wie folgt zusammenfassen:

1. Die konjunkturelle Erholung war überfällig. Sie ist nicht Ergebnis der Wirtschaftspolitik dieser Regierung, sondern wird von ihrer finanzpolitischen Überkonsolidierung eher gefährdet als gefördert.

2. Die Bundesregierung setzt zwar bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit faktisch ausschließlich auf wirtschaftliches Wachstum. Sie hat auch, gemessen an den bisherigen Konjunkturerfahrungen, einerseits durchaus ehrgeizige mittelfristige Wachstumsvorstellungen entwickelt. Andererseits aber ist kein wirtschaftspolitisches Konzept sichtbar, mit dem diese Wachstumsvorstellungen verwirklicht werden sollen, deren Realisierung im übrigen die Massenarbeitslosigkeit nicht beseitigen würde.

3. In den entscheidenden wirtschaftspolitischen Positionen gibt es zwischen Bundesregierung und Gewerkschaften noch nicht einmal Ansätze für

Übereinstimmungen. Diese Feststellung betrifft insbesondere die von den Gewerkschaften für unumgänglich gehaltene, von der Bundesregierung aber hartnäckig verweigte beschäftigungssichernde Finanzpolitik zur Beschleunigung des qualitativen Wachstums sowie die Fragen der Arbeitszeitverkürzung und der sozialen Beherrschung der Produktivitätsentwicklung.

4. Nach Auffassung des DGB kann die Massenarbeitslosigkeit auch bei jährlich 2,5 Prozent Wachstum wegen der rationalisierungsbedingten stärkeren Produktivitätssteigerung einerseits nur durch Arbeitszeitverkürzungen abgebaut werden und andererseits kann das wirtschaftliche Wachstum nur dann über mehrere Jahre bei 2,5 Prozent stabilisiert werden, wenn Bund und Länder durch eine beschäftigungssichernde Finanzpolitik ihren Anteil zur Beschleunigung des qualitativen Wachstums übernehmen. Da die Bundesregierung mit dieser Grundposition nicht übereinstimmt und ihre Politik dementsprechend ein Kontrastprogramm zur Gewerkschaftskonzeption ist und bleiben wird, läßt sich die Beurteilung der Wirtschaftsaussichten mit dem folgenden Satz aus der DGB-Erklärung zum Jahreswirtschaftsbericht 1984 der Bundesregierung zusammenfassen: „Die von der Bundesregierung erstrebte Wirtschaftsbelebung geht an den Menschen vorbei, die durch Sozialabbau und Massenarbeitslosigkeit besonders betroffen werden.“